Pressespiegel

Ausgabe: 09.04.2021

Niederrhein DGB

Jahresbilanz: 870 Streitfälle bei der IG BAU in der Region

Fragen rund um das Thema Kurzarbeit sorgten für volle Terminkalender bei den Rechtsschutzexperten der IG BAU. Foto: IG BAU

Rechtshilfe in Krisenzeiten für Bauleute und Reinigungskräfte in Duisburg und am Niederrhein

Juristischer Beistand in Krisenzeiten: Die Rechtsschutzexperten der IG BAU Duisburg-Niederrhein waren im vergangenen Jahr stark gefragt. Insgesamt 870 Mal kamen die Beraterinnen und Berater der Gewerkschaft in der Region zum Einsatz. „Vom Verdienstausfall durch Kurzarbeit über fehlende Atemschutzmasken im Job bis hin zu Problemen bei der Kinderbetreuung – Corona hatte zahlreiche Rechtsstreitigkeiten auch in Duisburg und am Niederrhein zur Folge“, so die Bezirksvorsitzende Karina Pfau.

Wegen der Pandemie habe ein Großteil der Beratungen per Telefon stattgefunden – hier verzeichnete die IG BAU Duisburg-Niederrhein einen Anstieg um 70 Prozent. „Viele Streitfälle gab es in der Gebäudereinigung. Beschäftigte klagten über finanzielle Nöte wegen des niedrigen Kurzarbeitergeldes, Defizite beim Arbeitsschutz oder nicht gezahlte Löhne in der Quarantäne“, berichtet Pfau. In der Baubranche sei es unter anderem um vorenthaltene Corona-Prämien und unbezahlte Überstunden gegangen. Ein weiterer Schwerpunkt sei das Thema Kinderbetreuung gewesen. „Bauarbeiter, Forstbeschäftigte und Reinigungskräfte können kein Homeoffice machen. Wenn Kitas und Schulen geschlossen sind, wird das für sie besonders zum Problem“, so Pfau.

Die Gewerkschafterin appelliert an Beschäftigte aus den Branchen der IG BAU, sich auch in Pandemie-Zeiten um ihre Belange zu kümmern und die Hilfe der Gewerkschaft zu suchen. „Arbeitgeber dürfen die Krise nicht als Vorwand nutzen, um das Personal um seine Rechte zu bringen.“

Anspruch auf kostenlosen Rechtsschutz haben alle Gewerkschaftsmitglieder. Weitere Infos und Termine gibt es im IG BAU-Büro Duisburg (Telefon: 02 03 – 298 87 – 0).

Pressespiegel

Ausgabe: 09.04.2021

Niederrhein DGB

Juristischer Beistand für Beschäftigte:

IG BAU verzeichnet 70 000 Rechtsfälle

Nicole Simons, Mitglied des Bundesvorstandes, Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

Zehntausende juristische Streitfälle in der Bau-, Agrar- und Reinigungsbranche im Corona-Jahr 2020: Knapp 70 000 Mal waren die Rechtsschutzexpertinnen und -experten der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) nach einer aktuellen Bilanz gefragt.

"Von Problemen bei der Kurzarbeit über Corona-Tests im Job bis hin zum Arbeits- und Gesundheitsschutz – in Krisenzeiten sind Beschäftigte häufig auf den Rechtsbeistand der Gewerkschaft angewiesen", sagt Nicole Simons vom IG BAU-Bundesvorstand. Gut ein Siebtel aller Fälle landete vor Gericht. In Kooperation mit der DGB Rechtsschutz GmbH wurden für Mitglieder der IG BAU rund 19 Millionen Euro erstritten. Ein Großteil der Beratungen fand wegen der Pandemie telefonisch statt.

"Besonders viele Streitfälle gab es in der Gebäudereinigung. Hier klagten Beschäftigte über Verdienstausfälle durch die Kurzarbeit, fehlende Atemschutzmasken oder nicht gezahlte Löhne in der Quarantäne", so Simons. In der Baubranche sei es häufig um vorenthaltene Corona-Prämien und unbezahlte Überstunden gegangen. Zudem hätten die für Pendler zeitweise geschlossenen Grenzen, etwa zu Österreich und Tschechien, zu völlig neuen Fällen geführt.

Ein weiterer Schwerpunkt war nach Gewerkschaftsangaben die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung. "Im Handwerk ist Homeoffice meist nicht möglich. In Zeiten geschlossener Schulen und Kitas stellte das Bauleute, Forstbeschäftigte und Reinigungskräfte vor besondere Probleme", berichtet Simons. Die Gewerkschafterin appelliert an Beschäftigte, sich auch in der Pandemie-Situation um ihre Belange zu kümmern und die Hilfe der IG BAU zu suchen. "Die Krise darf kein Vorwand sein, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihre Rechte zu bringen."

Hintergrund: Rechtsberatung und Rechtsschutz zählen zu den kostenlosen Leistungen für Mitglieder der DGB-Gewerkschaften. Anspruch darauf hat, wer mindestens drei Monate lang Mitglied ist. Die Rechtsexpertinnen und -experten der zuständigen Gewerkschaft kümmern sich um die Anliegen – und vertreten die Belange der Betroffenen in Zusammenarbeit mit der DGB Rechtsschutz GmbH notfalls vor Gericht.

Pressespiegel

Ausgabe: 09.04.2021

Niederrhein DGB

Beratung der IG Bau in Krisenzeiten gefragt

KLEVE (RP) Die Rechtsschutzexperten der IG BAU Duisburg-Niederrhein waren im vergangenen Jahr stark gefragt. Insgesamt 870 Mal kamen die Berater der Gewerkschaft in der Region zum Einsatz. „Vom Verdienstausfall durch Kurzarbeit über fehlende Atemschutzmasken im Job bis hin zu Problemen bei der Kinderbetreuung – Corona hatte zahlreiche Rechtsstreitigkeiten auch im Kreis Kleve zur Folge", so die Bezirksvorsitzende Karina Pfau. Wegen der Pandemie habe ein Großteil der Beratungen per Telefon stattgefunden – hier verzeichnete die IG BAU Duisburg-Niederrhein einen Anstieg um 70 Prozent. „Viele Streitfälle gab es in der Gebäudereinigung. Beschäftigte klagten über finanzielle Nöte wegen des niedrigen Kurzarbeitergeldes, Defizite beim Arbeitsschutz oder nicht gezahlte Löhne in der Quarantäne", berichtet Pfau. In der Baubranche sei es unter anderem um vorenthaltene Corona-Prämien und unbezahlte Überstunden gegangen. Ein weiterer Schwerpunkt sei das Thema Kinderbetreuung gewesen. „Bauarbeiter, Forstbeschäftigte und Reinigungskräfte können kein Homeoffice machen. Wenn Kitas und Schulen geschlossen sind, wird das für sie besonders zum Problem", so Pfau.

Die Gewerkschafterin appelliert an Beschäftigte, sich auch in Pandemie-Zeiten um ihre Belange zu kümmern und die Hilfe der Gewerkschaft zu suchen. „Arbeitgeber dürfen die Krise nicht als Vorwand nutzen, um das Personal um seine Rechte zu bringen."

Anspruch auf kostenlosen Rechtsschutz haben alle Gewerkschaftsmitglieder. Weitere Infos und Termine gibt es im IG BAU-Büro Duisburg, Kontakt unter Telefon 0203 298870.

RP Kleve

Rechtshilfe für viele Beschäftigte im Kreis

Kreis Wesel. Juristischer Beistand in der Corona-Krise: Die Rechtsschutzexperten der IG Bau Duisburg-Niederrhein waren 2020 stark gefragt: 870 Mal kamen die Berater der Gewerkschaft für Bauleute und Reinigungskräfte zum Einsatz.

NRZ Wesel

CHRONIK

Dienstag, 9. April 1996:
› Die Duisburger SPD warnt die beiden Polizeigewerkschaften Gewerkschaft der Polizei und Deutsche Polizeigewerkschaft vor Angstmache im Zusammenhang mit dem geplanten Personalabbau bei der Duisburger Polizei. Intern, so die SPD, würden Bemühungen laufen, wonach das NRW-Innenministerium die Stellenplanung nicht mehr nur nach den reinen Fallzahlen bei Kriminalität und Unfällen betreibt, sondern auch regionale und soziale Besonderheiten berücksichtigt, die zu erhöhten Konflikten führen können.

WAZ DU